

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Gezogenpreis: Durch unsern Boten
frei ins Haus monatlich 60.00 Mark.
Bestellungen nehmen die Auslieferer
und für Auswärtige die Postämter
entgegen. — Erhalten werthvollig.
Fernsprech-Anschluß Nr. 33.
Telegramme: Tageblatt Erzgebirge.

Abzugspreis: Die Abzugspreise
bestimmen sich nach dem Ausmaß
und dem Inhalt der Anzeigen. —
Anzeigen 10.00 Mark, Kleinanzeigen
je 5.00 Mark. Bei größeren An-
zeigen entsprechende Rabatte.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 212

Montag, den 11. September 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

In den deutsch-belgischen Verhandlungen ist noch keine Einigung erzielt worden; der Reichskanzler sprach gestern über die Unzulänglichkeit sechsmonatiger Schatzwechsel.

Gestern nachmittag 2 Uhr sind die belgischen Delegierten Demelmann und Delacroix mit ihrem finanziellen Berater Bankier Philippson von Berlin nach Brüssel zurückgereist.

Smirna ist von den Türken genommen worden; die Konferenz von Venedig ist für die zweite Septemberhälfte in Aussicht genommen.

Der Dollar notierte heute vormittag an der Berliner Börse mit 1600.

Politische Wochenschau.

Vom Oberbürgermeister Dr. Aalg, M. d. R.

Dem oberflächlichen Beobachter will es scheinen, als sei durch die uns von der Reparationskommission gewährte sechsmonatige Stundung der barren Leistungen nur wenig gewonnen. Tatsächlich bedeutet die Entscheidung der Reparationskommission einen viel größeren Fortschritt, als gemeinhin erkannt wird. Der praktische Gewinn liegt ja klar zutage. Die ergebnislosen Verhandlungen zwischen Lloyd George und Poincaré und die orientalische französische Troppolitik hatten eine so starke westwirtschaftliche Spannung und Nervosität geschaffen, daß auch der letzte Wertrest der deutschen Währung einem jäh herabstürzenden Untergang anheimzufallen schien. In diesem Vernichtungsprozeß ist zunächst einmal ein Stillstand eingetreten. Aber das würde ein überaus blühender Erfolg sein, wenn nicht begründete Hoffnung auf weitere Entspannung bestände, denn noch ist die Frage der Sicherheiten offen, die Belgien verlangen wird, und noch steht die endgültige Entscheidung auf das deutsche Stundungsgesuch aus. Daß es zwischen Belgien und Deutschland zu einer zufriedenstellenden Vereinbarung kommen wird, darf mit Sicherheit erwartet werden.

Ein klarer Erfolg der vor allem von Rathenau eingeleiteten Verständigungspolitik ist in dem Abkommen zwischen Stinnes und Dubersac über die Sachleistungen für Zwecke des französischen Wiederaufbaues zu erblicken. Es handelt sich bei diesem Abkommen um die Durchführung der Lieferungen, die in den Vereinbarungen von Wiesbaden zwischen Doucheur und Rathenau festgesetzt worden sind. Ein Treppennuß der innerpolitischen Geschichte Deutschlands will es, daß das Abkommen, was ein Rathenau in staatspolitischer Klugheit ohne allen eigenen wirtschaftlichen Beigeschmack in Wiesbaden unter schärfster Mißbilligung der Deutschen Volkspartei und insbesondere von Stinnes abgeschlossen hat, nunmehr von einem wirtschaftlichen Führer der Deutschen Volkspartei unter eigener wirtschaftlicher Fruktifizierung durchgeführt wird. So ändern sich die Zeiten, die Ansichten und — die Deutsche Volkspartei! Ob die zurzeit zu verzeichnende Entspannung sich als Anfang zu einer wirklichen Gesundung herausstellt, wird sich auf der für den Spätherbst zu erwartenden neuen großen Konferenz zeigen. Bis dahin wird auch die neueste britisch-französische Spannung, die hinter dem türkisch-griechischen Waffengang liegt, wesentlich einer Klärung entgegengeführt sein. Die überraschenden Erfolge der von den Franzosen offensichtlich unterstützten Türken werden England nichts anderes übriglassen, als den französischen Wünschen in Kleinasien zunächst einmal nachzugeben. Die endgültige Liquidation der Konkursmasse des nahen Ostens wird wohl einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleiben. Ob auch nur einige Vorarbeit dazu von der seit Anfang September in Genf tagenden dritten Versammlung des Völkerbundes geleistet werden wird, ist mehr als zweifelhaft. Sehr verständlicherweise haben die bisherigen Versammlungen des Völkerbundes in Deutschland nur geringes Interesse ausgelöst, und auch dieser dritten Versammlung ist letzten Endes keine andere Bedeutung beizumessen, als die einer konstituierenden Versammlung. Ob ein Chinese oder eine Chinesin dabei Vorzuziehender ist, bleibt für uns ebenso nebensächlich wie die Frage, ob man 5 oder 6 Arbeitsausschüsse wählt, solange diese Arbeit nicht von dem Geiste eines wirklichen Völkerbundes getragen ist. Immerhin können sich Erörterungen im Verlauf der Versammlung ergeben, die für die deutsche Politik nicht ohne Bedeutung sind, zumal das Schicksal Deutsch-Ostpreußens sicherlich zur Sprache kommen wird. Einen etwaigen Beitritt Deutschlands zum Völkerbund zu erörtern, sollte man, gleichviel wie man sich grundsätzlich zu dieser Frage stellt, auf deutscher Seite im gegenwärtigen Augenblick aus

nahellegenden Gründen außenpolitischer Taktik vermeiden.

Von den vielen unerfreulichen politischen Entscheidungen der jüngsten Zeit hebt sich das Ergebnis der oberösterreichischen Volksabstimmung über das Verbleiben Oberösterreichs bei Preußen vorteilhaft ab. Die Abstimmung zeigt eine bedeutende Zunahme der deutschen Stimmen und ein völliges Fiasco der polnischen Parole auf Stimmenthaltung. Sie zeigt aber auch noch eine Abkehr von radikalem Unitarismus. Für Oberösterreich ist das besonders zu begrüßen. Ein im Verbands des preussischen Staates verbleibendes und von diesem richtig behandeltes Oberösterreich wird der polnisch-französischen Durchdringung wirksameren Widerstand entgegenzusetzen vermögen, als ein neu erstehendes und deswegen innerlich noch nicht gefestigtes autonomes oberösterreichisches Staatsgebilde. Abgesehen von der oberösterreichischen Abstimmung wird das innerpolitische Bild auch der letzten Tage ganz beherrscht von der Not der Zeit: steigende Preise, steigende Löhne und Gehälter, steigende Schwierigkeiten in der Versorgung mit den Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfes und in der Beschaffung der notwendigen Betriebsmittel für Industrie und Wirtschaft. Noch erhält sich die Industrie arbeitsfähig, aber einzelne verhängnisvolle Besetzungserscheinungen rufen eine düstere Sprache. Die Großmacht der Presse kämpft einen Verzweiflungskampf, ohne bisher in Reichsregierung und Reichstag einen hilfreichen Bundesgenossen gefunden zu haben. Welch unerfegliche geistige, kulturelle und politische Werte werden mit dem fast täglichen Absterben deutscher Zeitungen sang- und klanglos zu Grabe getragen! Und wie mit der Presse, so steht's mit anderen Trägern deutscher Kultur- und Geistesbildung. Der deutsche Unweltsinn mußte abgesetzt werden, eine kurze nächtliche Wiedlung, aber bizarrig beleuchtet auch sie die Situation, die aus der materiellen Not eine Kulturgefährdung entstehen läßt. Überall die ernste Lehre und Mahnung: es ist höchste Zeit, aus dem alles vernichtenden Druke von außen den Weg ins Freie zu gewinnen!

Noch keine Einigung mit Belgien.

Das Mandat der Belgier beendet.

Die Besprechungen mit den Vertretern der belgischen Delegierten in der Frage der Schatzwechsel wurden am Sonnabend zu Ende geführt. Ein abschließendes Ergebnis wurde noch nicht erreicht. Während in wesentlichen Punkten eine Einigung erzielt werden konnte, hat die Frage der Verlängerung der Laufzeit der Schatzwechsel über 6 Monate hinaus Schwierigkeiten ergeben, da diese Verlängerung nach Auffassung der belgischen Regierung über den Rahmen der Entscheidung der Reparationskommission hinausgeht. Die belgischen Vertreter wollten am Sonntag nach Brüssel zurückreisen, um ihrer Regierung Bericht zu erstatten. Sie betrachten ihr oben umschriebenes Mandat augenblicklich als beendet, was jedoch einer Wiederaufnahme der Verhandlungen nicht entgegensteht.

Wie können auch in sechs Monaten

noch nicht zahlen.

Eine Rede des Reichskanzlers.

Der Reichskanzler Dr. Wirth hielt gestern nachmittag anlässlich eines Empfanges des oberösterreichischen Hilfskomitees beim Reichspräsidenten eine politische Ansprache, in der er auf die außenpolitische Lage Deutschlands, insbesondere auf das Reparationsproblem, einging. Die tiefe Bedeutung der Reparationsfrage liegt darin, den Gedanken des Wiederaufbaues Europas und der Welt aus den Händen der Radepolitiker hinüberzuführen auf ein Gebiet, wo eine nächtliche, wirtschaftlich-rechnerische Erwägung die Vorrangigkeit habe. Trotz der gemachten Fortschritte werde dieser Gedanke mitunter wieder verbunkelt. So habe die belgische Regierung eine Einigung in der Frage der Verlängerung der Schatzwechsel vorläufig unmöglich gemacht, weil sie sich an den Buchstaben der Entscheidung der Reparationskommission klammert und erklärt, über die Laufzeit von sechs Monaten nicht hinausgehen zu können. Was helfen Deutschland aber Schatzwechsel auf sechs Monate, die im Februar nächsten Jahres, wahrscheinlich in der schwierigsten Zeit, die Deutschland zu durchlaufen haben wird, fällig werden? Noch einmal seien also politische Erwägungen vor die wirtschaftlichen getreten. Deutschland und die deutsche Wirtschaft könnten jedoch nur tragen, was wirtschaftlich möglich ist. Bis diese Erkenntnis sich in Europa durchgerungen haben werde, müsse Deutschland alle staatliche Energie aufbringen, um in einem Zusammenstoßen aller Kräfte von Nord und Süd als eine einzige Sta-

tion die schwere Aufgabe zu meistern. Im Vordergrund soll die Sorge um das große Problem der Erhaltung der deutschen Nation stehen. Die Rede des Reichskanzlers wurde von den Versammelten mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Der türkische Sieg.

Die Friedenskonferenz in Venedig?

Der italienische Geschäftsträger hat eine Note seiner Regierung überreicht, in welcher diese die französische Regierung ersucht, sich mit ihr und der griechischen Regierung zu verständigen und Vertreter zu einer Konferenz in Venedig zu entsenden, die die Grundlage für einen eventuellen Vorfrieden zwischen Griechenland und der Türkei bilden soll und zu der auch Vertreter Griechenlands und der Türkei eingeladen werden sollen. Der italienische Vorschlag empfiehlt den Kriegführenden die Einstellung der Feindseligkeiten, um die Arbeiten der Konferenz zu erleichtern. Ein Schritt zur Erlangung von Waffenstillstandsbedingungen wurde von den Alliierten auch bei der Regierung von Angora unternommen. Wenn die Antwort Angoras annehmbar ist, kann die Konferenz in der Mitte der zweiten Septemberhälfte beginnen.

Smirna in türkischer Hand.

Das französische Marineministerium empfing eine Depesche aus Smirna, wonach Smirna durch die zweite türkische Kavalleriedivision besetzt worden ist. Alles verlief ruhig und ohne die geringste Intorrettheit der Türken.

Engländer statt Griechen.

Paris meldet, es seien Telegramme eingegangen, wonach die griechischen Behörden im Bezirk von Bigha an der asiatischen Küste des Marmarameeres und der Dardanellen die Gegend verlassen hätten und durch englische Kontingente ersetzt seien. Die Nachricht sei bisher noch ohne amtliche Bestätigung, aber das Volk glaubt zu der Erklärung ermächtigt zu sein, daß, wenn sie richtig sein sollte, sie eine sofortige Entsendung französischer Kontingente in diese Gegend zur Folge haben würde.

Schwere Friedensbedingungen der Türkei.

Der Pariser Vertreter der Regierung von Angora Ahmed Ferid Bey, hat dem Intransigant gegenüber erklärt, die Forderungen seiner Regierung für den Frieden seien dieselben wie vor drei Jahren: Konstantinopel, Adrianopel und Thrazien sowie Entschädigung für den durch die Griechen angerichteten Schaden. Die Remissionen würden unter allen Umständen die Dardanellen in Besitz nehmen, welche Truppen auch immer sich dort befinden mögen.

Abdankungsabsichten König Konstantins?

In politischen Kreisen Athens hat man den Eindruck, daß König Konstantin die Absicht habe, abzutreten. Man rechnet in diesem Falle damit, daß Prinz Georg von Griechenland provisorisch die Regierung antreten werde. Die Bevölkerung ist den Ereignissen auf dem Kriegsschauplatz gegenüber außerordentlich teilnahmslos, dagegen ist die Stimmung der aus Smirna kommenden Verwundeten verzweifelt. Die Hospizler haben von der Regierung den Auftrag erhalten, jede Verwundete zwischen den von der Front kommenden Truppen und der Bevölkerung zu unterstützen.

Die griechische Kabinettskrisis.

Kalogeropoulis hat die Kabinettsbildung angenommen.

Der Rathenau-Mord vor Gericht.

Aus der Anlagenschrift.

Den 13 Angeklagten im Rathenau-Mord-Prozess ist nunmehr die Anlagenschrift zugestellt worden. Einer Berliner Dolmetscher zufolge läßt die Anlagenschrift aus, daß die Vorbereitungen zur Tat nach dem Ergebnis der Voruntersuchung etwa in die Zeit bis zum 10. Juni fallen. Um diese Zeit kamen Fischer und Kern, die bis dahin in Pössa in Sachsen gewesen waren, nach Berlin und stiegen in einem Pensionat in der Bernburger Straße ab, um nach einigen Tagen in die Pension Scheer, Am Zirkus 10, zu übersiedeln. Mit ihnen zusammen wohnte dort auch der Angeklagte v. Salomon, der sich bergnügungshalber in Berlin und Potsdam aufhielt. Kern erzählte Salomon, daß er einer nationalen Sache wegen in Berlin sei. Auf gewissen Unbestimmtheiten glaubte Salomon entnehmen zu

alß,
daß
0/0
0/0
0/0
0/0
Aue.
enthalb.
lang
Uhr
Enders.
erkorn
georgenplatz.
haeton
Berlin,
stetlich
antle, so-
widau, Sa.
: 2158.
Gel. Berlin.
feln
Werken und
regent
de i. Sa.
er
bhardt.
und
seiltischeret
mann, Aus.
hler.
ane, Sa.
her
acht
I. S.

Sonnen, daß die beiden ein Attentat auf Minister Rathenau vorbereiteten. Dieser Verdacht bestätigte sich, als Kern Salomon aufforderte, nach Kiel zu fahren, um dort einen zuverlässigen Chauffeur zu beschaffen. Kurz darauf fuhr der angeklagte Salomon am 17. Juni nach Kiel und dann, als seine Bemühungen dort erfolglos waren, nach Hamburg, wo er den Angeklagten Warnock aufsuchte. Warnock brachte Salomon mit dem Kniebis in Verbindung, der den Kraftwagen zu dem Attentat steuern sollte. Anfanglich war Niedrig bereit und fuhr auch mit Salomon nach Berlin. Man erwiderte bis in alle Einzelheiten, wie das Attentat ausgeführt werden sollte. Inzwischen hatte Kern jedoch einen anderen Führer für den Kraftwagen gefunden und Niedrig selbst nach Hamburg zurück.

Während der Abwesenheit Salomons waren Fischer und Kern mit dem Studenten Ernst Werner Tschow in Verbindung getreten, indem sie sich als Angehörige der Brigade Ehrhardt ausgaben. Wie Tschow behauptet, haben Fischer und Kern ihm erzählt, es bestände ein Plan, Minister Rathenau zu ermorden, und sie wollten sich hierüber näher informieren. Weiter erzählte Fischer, daß er aus Sachsen ein Automobil erwarte, mit dem das Attentat ausgeführt werden sollte. Der Urheber des Mordplanes war nach Angabe Fischers der Unterprimar Heinz Stubenrauch, der dem Deutschen Nationalen Jugendbund angehört. Stubenrauch war mit dem Angeklagten Günther befreundet und hatte diesem gegenüber die Absicht geduldet, Rathenau im Reichstag zu erschließen. Zu diesem Zweck bedürfte er, Günther, jedoch eines Revolvers. Von diesem Plan Stubenrauchs hat Günther auch den beiden Brüdern Tschow und anderen Personen Mitteilung gemacht, so daß die Kunde von dem Attentatsplan auch zu Fischer und Kern gelangte. Durch Vermittlung des jüngeren Tschow versuchten Fischer und Kern Günther kennen zu lernen, um Näheres über den Mordplan zu hören. Gleichzeitig schickten Fischer und Kern den Älteren Tschow am 19. Juni nach Dresden, um dort das Auto in Empfang zu nehmen. Tschow wurde auf dem Bahnhof in Dresden von dem jetzt flüchtigen Studenten Günther Brand in Empfang genommen, der den Boten nach Freiberg brachte und dort mit dem Fabrikanten Fritz Kühnmeister in Verbindung setzte.

Während dieser Reise kamen Fischer, Kern, der jüngere Tschow und Günther in der Wohnung der Frau Tschow zusammen. Fischer und Kern waren der Ansicht, daß Stubenrauch noch zu jung sei, um das Attentat auszuführen, und trafen sich am nächsten Tage mit Tschow und Günther, den sie beauftragten, eine Garage zu beschaffen. Inzwischen hatte der Fabrikant Johannes Kühnmeister sich mit Ernst Tschow und Brand getroffen und beiden seinen Kraftwagen übergeben. Kühnmeister war dabei gesagt worden, daß der Wagen zu nationalen Zwecken verwandt werden sollte. Tschow fuhr dann mit dem Kraftwagen nach Berlin, wo er gegen Mitternacht eintraf, und benachrichtigte sofort den angeschuldigten Kern, der mit Fischer zusammen den Wagen in eine Garage in der Wilmersdorfer Straße brachte. Am nächsten Tage kamen Tschow und Brand mit dem Auto an die Kreuzung Friedrichstraße und Ecke Unter den Eichen, wo Fischer, Kern und Salomon eintraten. Nach einer Fahrt durch den Tiergarten trennten sich Brand und Salomon von den übrigen Mitangeklagten. Am Nachmittag des 21. Juni gingen Tilsen, Plass, Brand und Salomon im Tiergarten spazieren, und dabei erzählte Brand, wie die Anklage ihm zur Last legt, dem Angeklagten Tilsen von den Plänen Fischers und Kerns. Es wurde Tilsen dabei mitgeteilt, daß man Rathenau auf der Straße erschließen wolle. Tilsen erklärte, er habe den Plan mißbilligt, da es nach seiner Ansicht politisch falsch gewesen wäre, aus Minister Rathenau einen Märtyrer zu schaffen. Während dieses Gesprächs stand, waren Fischer, Kern und Günther mit dem Kraftwagen, den

der Ältere Tschow lenkte, nach Wannsee und Nikolassee gefahren und unterwegs machten die beiden Freunde Günther die Mitteilung, daß das Attentat in den nächsten Tagen ausgeführt werden sollte. Zwei Tage vor dem Mord verließen Tilsen und Plass Berlin und fuhren nach Meinsburg bezw. Ludwigslust. Am 24. Juni haben dann Fischer und Kern in der bekannten Weise das Attentat ausgeführt.

Der Oberlandesanwalt hat auf Grund des geschlossenen Tatbestandes Anklage gegen Ernst Werner Tschow erhoben, gemeinsam mit Fischer und Kern Minister Rathenau ermordet zu haben. Hans Tschow, Günther, Jsemann, Steinbeck, Niedrig, Warnick und v. Salomon sind der Beihilfe angeklagt, ferner sind Hans Werd Tschow, Günther und Jsemann, Schüt und Tilsen wegen Beihilfung angeklagt, während das Verbrechen gegen Tilsen, Plass und Wof auf Grund des Paragraphen 139 Str.-G.-B. (Richtanzelg drohender Verbrechen) angeklagt ist. Der Oberlandesanwalt hat insgesamt nur 16 Zeugen geladen. Ferner wird als Sachverständiger Gehelmer Medizinalrat Professor Dr. Straßmann geladen werden. Die Verhandlung wird in Leipzig durchgeführt werden.

Kleine politische Meldungen.

Ueber das Reichsschulgesetz hat sich der preussische Kultusminister Dr. Voellig kürzlich in den Rheinlanden ausführlich verbreitet. Er hat dabei die baldige Durchführung des Gesetzes als notwendig bezeichnet und aus seiner Sympathie für die konfessionelle Schule kein Hehl gemacht. Nur da, wo die Einmischungsfrage historisch geworden sei, solle sie weiter bestehen. Diese Ansichten des volksparteilichen preussischen Ministers mögen den Auffassungen weiter Kreise seiner Partei entsprechen. Aber Herr Voellig müßte doch auch wissen, daß die Durchführung des Gesetzes im Reichstage äußerster Schwierigkeiten begegnet, die sich nach der Vereinigung der sozialdemokratischen Parteien noch steigern werden. Innere Konflikte zu beschleunigen ist kein Anlaß.

Wachsende Einkitt? Das Korrespondenzblatt des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes wendet sich dagegen, daß von kommunistischer Seite versucht wird, einen Reichsbetriebsrätekongress zu organisieren. Das Blatt erklärt, daß hinter der Verammlung der Berliner Betriebsräte am Freitag nichts anderes stehe, als die Zentrale der kommunistischen Partei, welche die gegenwärtige Teuerung benützen wolle, um ihr Räte system zu verwirklichen.

Die Oberkasseler Angelegenheit. Wie der Petit Parisien aus Brüssel meldet, hat der Ministerrat am Freitag die Vorzüge in Oberkassel erörtert. Dem Blatte zufolge scheint es zuzutreffen, daß Deutsche keinerlei Verantwortung für die Vorgänge trifft. Die Beratungen im Schoße des belgischen Kabinetts würden noch fortgesetzt.

Ein Sinnesvertrag auch mit Belgien? Zu dem Gerücht, wonach Präsident Heines vom Norddeutschen Lloyd und Hugo Stinnes beim Reichsfinanzminister über den Abschluß eines Wiederaufbauvertrages mit Belgien und die Regelung belgischer Schiffsahrtfragen in Antwerpen verhandelt hätten, wird der Weiser-Beitrag vom Präsidenten Heines mitgeteilt, daß ihm von solchen Verhandlungen nichts bekannt sei.

Clemenceau reist nach Amerika. Echo National veröffentlicht ein Telegramm Clemenceaus, in dem sich dieser bereit erklärt, angesichts der Gefahren der Gegenwart sich nach Amerika zu begeben, um dort freimütig auszusprechen, was seiner Ansicht nach die Rechte und Pflichten jedes Volkes in der furchtbaren Weltkrise seien, die durch den Krieg entfesselt wurde, der alle Völker durch ihren Sieg miteinander für die Zukunft solidarisch machte.

Amerika und die Brüsseler Konferenz. Der englische Handelsminister Sir Robert Dornie wird sich bereits am 4. Oktober nach Washington einschiffen, um dort wegen der Brüsseler Konferenz Fühlung zu nehmen. Es ist in Aussicht genommen, die Konferenz noch im November stattfinden zu lassen und Amerika zu bewegen, für seine Beteiligung an der Konferenz nicht erst den Anfang der Wahlen abzuwarten.

Von Stadt und Land.

Aus, 11. September 1922.

Gegen die Verwahrlosung der Jugend

wendet sich der vor kurzem erschienene Bericht der sächsi-

chen Gewerbeaufsichtskommission für 1921. Es wird betont, daß in Ausbilden mit den Vorständen der Betriebsverwaltungen dieser Anlagen laut wärden über die letzte Lebensaufstellung der minderjährigen Personen besonderer Beachtung. Den Eltern mangelt es vielfach an Energie, um sich für Kost und Wohnung eines der Zeit angemessenen Selbstbehaltigung geben zu lassen, so daß oft vom Verbleib des Vaters außer den jüngeren Kindern auch die Älteren mit unterhalten werden. Sowohl von Arbeitgebern, als von Betriebsratsvorsitzenden war zu hören, daß sich das Klagen von Parvaten, selbst der leistung, bei den minderjährigen Personen zu einer Krankheit herausgebildet hätte. Auch über Karlen Altdorfer aus dieser Verone wurde viel gesprochen, während die minderjährigen Mädchen einen großen Teil ihres Verdienstes in der ersten anlegten. Im allgemeinen wurde gefordert, daß es die jüngeren Arbeiternehmer bei derlei Geschäften viel mehr an Pünktlichkeit sehen liehen, als die verheirateten Männer und Frauen, die vorher viel nach den Haushalt und ihre kleinen Kinder zu versorgen haben. Nebenfalls müßten alle beruflichen Stellen ausmühen, um der Verwahrlosung der Jugend zu steuern. Es werde ausdrücklich kein, jeden Jugendlichen einem zu erlernenden Beruf auszuführen, der seinem Leben, Richtung und Inhalt gabe. In größeren Betrieben werde man zur Erziehung von Lehrwerkstätten, wie dies schon vereinzelt mit gutem Erfolge geschehen sei, immer mehr übergeben müssen.

Kaufhebens Verbot. Die auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 ausgesprochenen Verbote und Ausbildungen der in Sachsen bestehenden Bezirks- und Ortsgruppen nachstehender Vereinigungen, nämlich 1. des Reichsbundes Schwarz-weiß-rot, mit dem Sitz in Leipzig, 2. des deutschen Jugendkorps Der Jungsturm, mit dem Sitz in Kolberg sind wieder aufgehoben worden.

Erhöhung der sächsischen Beamtengehälter. Die sächsische Regierung gibt bekannt, daß der allgemeine Ausgleichsschlag zum Grundbesitz, zur Grundvergütung und zum Ortszuschlag und zu den Kinderbeihilfen und zu den sonstigen besonderen Zuschlägen für die Zeit vom 1. September 1922 an 437 Prozent beträgt. Die hiernach für den September zu leistenden Nachzahlungen sind sofort zu bewirken. Die Erhöhungen finden künftighin Anwendung auf die Gehälter der Lehrer und der Staatsangestellten.

Ruhestandsbezüge. Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Dienstbezüge der aktiven sächsischen Beamten infolge der Erhöhung des Ausgleichsschlages um 132 v. H. auf 437 v. H. werden auf die Versorgungsbeihilfen (und zwar der Versorgungszuschlag und der Ausgleichsschlag zur Kinderbeihilfe) der im Ruhestand befindlichen Staatsbeamten, Geistlichen (diese soweit sie im Staatsdienst angestellt waren) und Lehrer rückwirkend ab 1. September 1922 erhöht. Die den Ruhegeldempfängern usw. hiernach von diesem Zeitpunkt an zustehenden Gehältern sollen, die rechtzeitige Vermeidung der Neuberechnungsarbeiten vorausgesetzt, erstmalig am 1. Oktober ausgezahlt werden. An diesem Tage wird unter dergleichen Voraussetzung auch der auf den Monat September 1922 entfallende Nachzahlungsbetrag überwiesen werden. Mitte September erhalten die Ruhegeldempfänger den auf die Monate August und September entfallenden Nachzahlungsbetrag überwiesen, der sich zu ihren Versorgungsbeihilfen aus der letzten Erhöhung des Ausgleichsschlages der aktiven Beamten um 120 v. H. auf insgesamt 306 v. H. ergibt.

Die Teuerung im August. Die vom Statistischen Landesamt allmonatlich für Sachsen ermittelten Teuerungszahlen zeigen im August eine außerordentliche Steigerung. Die Kosten des der Teuerungstatistik zugrundegelegten Güterbedarfs, umfassend die Ausgaben einer fünfstufigen Familie für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnungsmiete in vier Wochen, sind von 4441 Mark im Juli auf 8908 Mark im August gestiegen. Das bedeutet eine Erhöhung von 42 Prozent innerhalb eines einzigen Monats. Die Vorkriegsteuerungszahl betrug dagegen 90,8 Mark. Wird sie gleich 1000 gesetzt, so ergibt sich auf dieser Grundlage für August 1922 eine Inzidenz der Lebenshaltungskosten von 8942. Der Preis der von der Teuerungstatistik erfaßten Bedarfsgegenstände hat sich demnach bis zum August 1922 beinahe auf das Siebenfache des Vorkriegsstandes erhöht. Noch stärker ist in gleicher Zeit die Inzidenz für die Ernährung, nämlich fast auf das Hundertfache (97 fache) gestiegen.

Die Volkshochschule Aus führt in diesem Jahre neue Ausweise ein, die von der Landesstelle für Volkshochschulen in Dresden an alle sächsischen Volkshochschulen ausgegeben worden sind, um eine gemeinsame gleichmäßige Statistik der Besucher durchzuführen. Es wäre dringend zu wünschen,

Baroneß Claire.

Original-Roman von W. Herzberg.

Amerikan. Copyright 1920 by Lit. Bur. M. Lincke, Dresden 21.

(18 Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Sie wählte sich ruhelos, mit brennender Ungebuld den Morgen herbeizusehen. Sie meinte, die lange, qualvolle Nacht nicht überleben zu können! Ihr erster Gang sollte zu ihm sein. Sie legte fürmlich danach, ihm ihre Anklagen, ihre Verachtung ins Gesicht zu schleudern, ihre glühende Empörung zu fühlen.

Nach Stunden erst legten sich die Wogen ihrer aufgeregten, brandenden Seele. Endlich, endlich, nach einem langen, beschwichtigenden Gebet, schlief sie ein.

Die erschöpfte junge Natur forderte ärndlich ihr Recht; spät am Vormittag erst erwachte Claire. Man war bereits beim zweiten Frühstück, als sie, wieder aus Sparfameltüchlichkeit, zu ihrem ersten unten im Speisesaal erschien. Mit verdoppeltem Eifer widmete sich ihr alsbald die Aufmerksamkeit der anwesenden Damen; denn man hatte aus dem Fremdenbuch erfahren, wer sie war. Eine Baroneße, noch dazu von so auffallender Schönheit, gehörte in diesem einfachen Heim zu den Seltenheiten, war ein so unerwartetes Ereignis, daß sich das Aufsehen, das sie erregte, erklärte.

Wie sie heimlich alles bekräftelten! Nur vor wenigen, ganz jungen ihrer Geschlechtsgeinstinnen fand sie Gnade. Sie war eben den meisten zu schön, um sympathisch zu sein. Man verurteilte ihre, wie man meinte, abelstolze Haltung und Unnahbarkeit, die verblüffende Sicherheit und Selbstbewußtheit ihres Auftretens. Sie läste ihr nicht zu viel über augenscheinlichen Mittellosigkeit, dieser Sandpomeranze mit der plumpen überlichen Kleidung, dem beschleidenen Oberflächchen hier, das sie auch als eine Stellungsuchende, eine ihresgleichen kennzeichnete. Sonst wäre sie doch nicht hereingekommen. Claire nahm unterdessen rasch ihr Frühstück ein und verließ dann, sofort den Saal. Oben angelangt, ließete sie sich eigens zum Aussehen an, und im Korridor ein

austräumendes Stubenmädchen gewährend, fragte sie, welche Straßenbahn sie benutzen müsse, um nach Moabit zu kommen.

„Es gehen viele Wege dahin... In welche Straße wollen denn gnädiges Fräulein?“

Das junge Mädchen zögerte ratlos. Dasselbe hatte der Drohschkenkäufer auch gefragt.

„In die Nähe des Gefängnisses möchte ich; die Straße, in der es liegt, weiß ich nicht,“ sagte sie endlich, stockend und dunkelrot werdend.

„Ach, zum Kriminalgericht,“ entgegnete jene arglos.

„Da können gnädiges Fräulein fast jeden nach Moabit fahrenden Wagen benutzen. Gleich am Ende unserer Straße, Ecke der Röniggräber, ist eine Haltestelle. Die Wagen tragen vorn das Schild „Moabit“, kommen von rechts und fahren nach links, dem Potsdamer Bahnhof zu.“

Claire atmete auf, dankte und ging.

Nun stand sie vor dem großen roten Gebäude und blickte gedankenvoll auf die Denkmalsgruppe davor: den Löwen, der in der Verteidigung seiner bedrohten Jungen im Begriffe ist, die tödliche Schlange niederzuknietern, ein treffendes Sinnbild der die Unschuldigen schützenden, die Sünde strafenden Gerechtigkeit.

Viele Menschen hielten sich vor der Freitreppe, die in das Hauptportal führte, angeammelt, zahlreich andere gingen hinein und kamen heraus. Mehrere Schulleute standen in der Nähe. Claire ging auf einen derselben zu und fragte ihn, ob dies der Eingang zum Untersuchungsgefängnis sei? O nein, da müsse sie ganz um das Gebäude herum nach der anderen Seite. Und er wies sie artig zurück.

So leicht, wie Claire sich das gedacht, war die Sache aber nicht. Ohne weiteres kam sie nicht zum Ziel. Erkundigungen über Erkundigungen! Dann mußte sie wieder zurück in ein bestimmtes Büro des Kriminalgerichts.

„Was wollen Sie?“ lautete die kurze Frage, die man an sie richtete.

„Ich möchte einen Untersuchungsgefängenen sprechen, den Baron Schild zu Brandenburg.“

„Haben Sie den Erlaubnisschein dazu?“

„Nein, ich bin fremd hier und wußte nicht, daß man eines solchen bedarf.“

„Zwar! Ohne den geht es nicht.“

„An wen muß ich mich darum wenden?“

„Sie müssen schriftlich eintommen.“

„Schriftlich?“ Claire war sehr unangenehm überzast. So wäre sie ja ganz umsonst hergekommen!

„Eind Ausnahmen nicht gestattet?“ fragte sie bit tend.

„Ich bin in so dringender Angelegenheit hier!“

„Ja, wir können nichts tun. Das kommt auf den betreffenden Herrn Untersuchungsrichter an. Wenn der's erlaubt.“

Der Beamte schlug diese Wörter nach, notierte auf einem Zettel die Utenseln des Untersuchungsgefängenen und reichte ihn dem jungen Mädchen.

„Versuchen Sie Ihr Ziel. Landgerichtsrat Dr. Müller, Turmstraße 91, Zimmer 88. Er hat heute gerade Termin dort.“

Claire begab sich eilends dorthin.

Ein Gerichtsdienstler fragte sie nach ihrem Begehren und geleitete sie nach dem gesuchten Zimmer, sprach ihr aber auch gleich seine Proteste an ihrem Weilingen aus. Noch im Gespräch mit ihm, sah sie sich die Tür von Nummer 88 öffnen und einen jungen Herrn so rasch herausströmen, daß er fast mit ihr zusammengeprallt wäre. Mit unverhohlenen Erstaunen betrachtete er ihre ungewöhnliche Erscheinung.

„Was wünscht die Dame?“ fragte er, nun ungeniert herzutretend, nicht aber den Mann, sondern Claire so unverkämmt anstarrend, daß ihr die Röte des Unwillens ins Gesicht lag.

„Sie möchte ohne vorherige Anmeldung einen Untersuchungsgefängenen sprechen. Ich sagte Ihnen schon, das wäre unmöglich; sie will's aber nicht glauben.“

„Ja, das verweigert sich in der Tat so!“ schnarrte dem andere. „Aber vielleicht kann ich beim Untersuchungs-

das alle Öber- und Öberinnen die Karten genau ausfüllen, damit die darauf beruhende Statistik recht gründlich ausgeführt werden kann und nicht fortgesetzt werden mangelt an Angaben aufweist. Die so gesammelten Unterlagen sollen in der ersten Hälfte des Jahres der Volkshochschule dienen, die auf Grund der Statistik ihre Öber- und Öberinnen lernen und danach ihre Aufgaben erfüllen können.

Wahlberechtigung. Mit sofortiger Wirkung wird die Wahlberechtigung für die Wahlen zum Reichstag, die am 1. Oktober 1922 abgehalten werden, auf 180 Kilometer erweitert.

Der zweite kommt, macht auch. Das Reichsverkehrsministerium teilt über das Verbot von Wägen in der vierten Wagenklasse folgendes mit: Wägen dürfen nicht in der vierten Klasse fahren, wenn sie in den mit Wägen nur für einen Teil des reisenden Publikums versehenen Wagen vierter Klasse nicht besetzt werden dürfen, so erwerben doch die Reisenden, die bei der Abfahrt des Wagens bereits Plätze eingenommen haben, einen Anspruch darauf, daß ihnen der Platz bis zur Beendigung der Reise vorbehalten bleibt. Anders Reisende sind zum Einnehmen des Wagens, auch wenn der Inhaber ihn nur vorübergehend verläßt, nicht berechtigt.

Der erste Schneefall und Nachtfrost auf dem Fichtelberg. Am 7. September früh hat es auf dem Fichtelberg geschneit, gleichzeitig allerdings bei 1 Grad über Null geregnet. Es herrschte, wie der Meteorologe sich ausdrückt, sogenanntes Schichtwetter. Im vorigen Jahr hat es auf dem Fichtelberg am 19. September zum ersten Mal gefroren und erst am 26. Oktober zum ersten Mal geschneit.

Rein Weibrot mehr für Kranke und Kleinkinder. Die Reichsgetreidestelle kann, wie sie mitteilt, mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Beschaffung von Auslandsgetreide und auf das Verbot der Leistung von Verbilligungsaufschlägen vom 1. Oktober 1922 ab kein weiches Mehl mehr zuweisen. Es wird deshalb Ende dieses Monats die Verteilung von weichem Mehl und Weibrot an Kranke und Kleinkinder aufhören. Der genaue Zeitpunkt wird noch bekannt gegeben.

Eine Unfalte, die — abgesehen von ihrem unästhetischen Anblick — auch hygienisch nicht ganz einwandfrei sein dürfte, ist recht oft in den Straßen unserer Stadt — hauptsächlich in den Vormittagsstunden — zu beobachten. Ab und zu wird man durch ein überraschendes Geräusch aus den oberen Reihen der Häuserfronten zum Emporblicken veranlaßt und muß sehen, wie aus den Fenstern Bettvorlagen, Kopfkissen und wohl gar auch Bettlaken und dergl. aus den Fenstern heraus ausgeschüttelt oder abgestäubt werden. Geht der Wind, dann mag es immer noch gehen, denn dann wird der herausbesorgte Staub sofort verweht und kommt nur einzelnen Straßenpassanten zugute. Die Unfalte ist aber auch bei Windstille zu bemerken und dann fällt der Wohnungs- bzw. Schlafstubeinhaber direkt herunter und beklagt umso mehr die unten Vorübergehenden. In jedem Falle dürfte es wohl möglich sein, wenn schon der Bequemlichkeit halber das Fenster zur Staubbesorgung benötigt wird, dies nach dem Hofe zu tun oder tun zu lassen, wenn nicht richtigerweise diese ganze Arbeit im Hofe selbst verrichtet und damit niemand belästigt wird. Hoffentlich genügt diese Anregung, um die gerügten Unfalten, namentlich aus den Verkehrsstraßen verschwinden zu lassen.

Ergebungsverein aus. Hierdurch sei daran erinnert, daß heute Montag Abend der hiesige Ergebungsverein im Gasthaus „Alte Mühle“ ein Monatsversammlung abhält. Es kommt die wichtige Tagesordnung für die am 30. September in Stolberg stattfindende Abgeordnetenversammlung zur Beratung. Auch wird über Maßnahmen zur weiteren Tilgung der Provinzialverschuldung Ausdrucks gegeben. Zahlreicher Besuch ist deshalb wünschenswert.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 11. bis 17. September unverändert zum Preise von 5000 Mark für ein Pfundgold und 2500 Mark für ein Pfund Silber. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 11. d. M. bis auf weiteres zum 100fachen Betrage des Nennwertes.

Ankaufserlaubnis für Kartoffeln. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat den Reichshauptmannschaften für die Ankaufserlaubnis für Kartoffeln folgende Richtlinien zur Beachtung gegeben: Die Erlaubnis zum Ankauf von Kartoffeln darf aus volkswirtschaftlichen Gründen von jetzt an grundsätzlich nur noch an solche Personen oder Konsum- und Wirtschaftsgenossenschaften erteilt werden, die, gestützt auf hinreichende Erfahrungen, mit dem Kartoffelhandel vertraut sind. Als Genossenschaften dieser Art gelten nur solche, deren Hauptzweck in der dauernden Versorgung ihrer Mitglieder mit Lebensmitteln besteht. Es fallen besonders also nicht darunter Betriebe,

richtiger, von dem ich eben komme, ein gutes Wort einlegen!

„Ich danke!“ entgegnete Claire lächelnd und schritt, ohne ihn eines ferneren Blickes zu würdigen, an ihm vorbei ins Amtszimmer. Inständig schaute sie zurück. Nicht um alles wollte sie diesem Menschen verpflichtet sein. Er war eine ziemlich elegante Erscheinung, hellblond, mit mobil aufgestautem Schnurrbart, das Einzelglas im Auge. Dieses selbst hatte einen frechen Ausdruck, und eine lange, schmale, tiefstehende Nase gab dem Gesicht ziemlich nichtsforgenden Gesicht ein plötzliches impertinentes Gepräge. — Interessiert hatte er den Davoneilenden nachgesehen.

„Wen wollte sie denn eigentlich sprechen?“ fragte er den Gerichtsdiener.

„Den Baron Schild zu Brandenstein.“

„Was, den —?“ machte der junge Herr gedehnt und überrascht. „Habe eben selbst in der Sache Verhöre gehabt. Wie sieht das aus?“

Claire war indessen eingetreten und brachte bei dem älteren der beiden anwesenden Herren ihr Gefühlswort. Sie wußte für eine Ausnahmeerlaubnis unendlich dankbar. Dr. Müller sah sich die Bittstellerin genauer an.

„Sie sind mit dem Untersuchungsgefangenen verwandt?“

„Ich bin seine Tochter.“

„Sagen Sie sich hierher; ich werde ihn kommen lassen.“

Erleichtert dankend geborchte Claire, indessen der Richter nach dem Untersuchungsgefangenen telephonierte.

Nach einer Weile öffnete sich die im Hintergrunde des Zimmers befindliche zweite Tür, und in Begleitung eines Gefängnisbeamten erschien ihr Stiefvater. Er trat förmlich zurück bei Claires Anblick, die sich klopfenden Herzens erhob.

„Aui Claire!“ rief er unwillkürlich. — „Schred, Scham und noch manches andere lag in dem kurzen Ausdruck.“

(Fortsetzung folgt.)

Beamten- und Angehörigen, sowie Betriebs-, Beamten- und Angehörigenvereinigungen, Gemeinden und Kommunalbehörden dazu. Verdanden ist die Erlaubnis der Regel nicht vorzuziehen, wenn es sich um Zwecke der öffentlichen Versorgung handelt.

Stollberg, 10. September. Raichwitz des Kobden Franzosen. Durch einen glücklichen Instantsch, der direkt die Halbschlager getroffen hatte, verlor innerhalb zehn Minuten hier Arthur Koch, Mitinhaber der Bergbaugewerkschaften und Brauereibrennerei, G. m. b. H. Stollberg, 10. September. Überstunden im Bergbau. Obwohl die Belegschaften des großen sächsischen Steinkohlensyndikats das Verahren einer täglichen acht Stunden arbeit abgelehnt haben, werden auf den übrigen Werken des sächsischen Steinkohlensyndikats: des Morgenstern- und Bräunelbergwerkes, des Schächten des Rudaw-Oberhändler Steinkohlensyndikats, des Kästner- und Sarscherwerkes die Überstunden verfahren. Kuper auf den sächsischen Werken haben sich nur noch die Belegschaften auf den von Arminischen Schächten in Planitz von den Überstunden ausgeschlossen.

Oberwiesenthal, 10. September. Gattenmord in Stolzenhain. Der 49jährige Schmiedemeister Johann Marbach war am Freitag hier eingetroffen und dann in ziemlich angetrunkenem Zustande in der 10. Stunde nach Hause zurückgegangen. Dort hat er seine 37 Jahre alte Ehefrau im Streite erlagen, wie er angibt, ohne Zuhilfenahme eines Instruments. Die ermordete Marbach war, wie es heißt, schon seit Jahren Mißhandlungen ihres Ehemanns ausgelegt gewesen.

Leipzig, 10. September. Eine gewaltige Explosion. Am 8. September ist auf dem Lagerplatz der Altkleider-Großhandlung von Schweizer und Oppler in L. Turmstraße eine etwa 80 Zentner schwere eiserne Trommel, die aus einer Zellulosefabrik stammt und als Mittelteil angekauft war, beim Abladen von einem Eisenbahnwagen explodiert. Drei dabei beschäftigte Arbeiter, sowie zwei Arbeiter in der Nähe erlitten dabei leichte Verletzungen. Außerdem wurden zwei Hühner im Gewicht von 5 Zentnern und 1 Zentner etwa 30 bis 40 Meter weit über die Umfassungsmauer auf den Eisenbahnkörper der Eisenbahnlinie Leipzig-Dalle geschleudert, sodann an dieser Stelle eine Schiene ausgewechselt werden mußte. Ein 200 Zentner schwerer Kran, mit dem die Entladung vorgenommen wurde, wurde durch den Luftdruck aus den Schienen gehoben und stark beschädigt. Auch sonst ist bedeutender Schaden entstanden. Die Explosion wird auf Reste von Schießbaumwolle, die sich in den Wessermellen der explodierten Trommel festgesetzt hatten und durch den Schlag entzündet wurden, zurückgeführt.

Jittau, 10. September. Der Mörder des Hollan- gestellten Blumrich ist in Reichenberg i. B. in dem Arbeiter Duaher aus Engelsberg in der Tschoschlowafel verhaftet worden. Der Täter hat ein Geständnis abgelegt und ist in Sicherheit gebracht worden. Blumrich war bekanntlich auf einem nächtlichen Patrouillengange auf Oppel- dorfer Flur erschossen worden.

Vermischtes.

Bevorstehende Schließung der Berliner Lichtspieltheater. Nachdem alle Bemühungen, den Magistrat zur Herabsetzung der katastrophalen Lustbarkeitssteuer, die Erhöhung bis zu 55 Prozent vorseht, zu veranlassen, gescheitert sind, haben der Verein der Lichtspieltheaterbesitzer und der Schutzverband Deutscher Filmtheater beschlossen, ihre sämtlichen Betriebe am 22. d. M. zu schließen. Allen Angehörten wird zu diesem Termin gekündigt werden. Durch die Schließung der Kinetheater würden der Stadt Berlin täglich 14 Millionen Mark Lustbarkeitssteuer entgehen und außerdem 6000 Anstellte der Erwerbslosenfürsorge zur Last fallen.

Paß und Brot für Zirkusplätze. In einer Gastspielangelegenheit eines Zirkus in einem Geraer Blatte heißt es: Bitte der Künstler! Die vierbeinigen Künstler leiten unter der Schwierigkeit Futtermittel heranzuführen. Wir erfragen Euch, erkaufte uns! Die Direktion der Schau gibt für jeden Zentner Paß 20 gute Mittelplätze in bevorzugter Lage, für jeden halben Zentner 10 gleiche Plätze. Landleute, die Ihr die besten Zirkusfreunde seit, helft uns! Diese Bitte ist unser Wunsch. Abgabe ab Sonnabend vormittag 10 bis 12 Uhr, 4 bis 8 Uhr. — Ferner: für je zwei Landbrote wird ein Sitzplatz vergütet. Das Brot kommt dem allerorts als Fremden behandelten Personal zugute.

Die Frauen beim Völkerverbund. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Zahl der weiblichen Teilnehmer an der Völkerverbundversammlung in Genf in stetigem Wachsen begriffen ist. Die skandinavischen Länder, Rumänien und Siam ebenso wie Australien und das Vereinigte Königreich haben jetzt weibliche Delegierte zu den Verhandlungen entsandt. Die britische Delegierte, Mrs. Combee Renant, wird an den Beratungen von sechs Kommissionen teilnehmen, von denen sich eine mit sozialen Fragen im Zusammenhang mit dem Frauen- und Kinderhandel beschäftigen wird.

Das große englische Stundengeld. Die Hoffnung, das Leben der 80 Bergleute zu retten, die durch eine Explosion in Whitehaven in Cumberland verunglückt wurden, ist jetzt aufgegeben worden. Bisher sind 25 Leichen geborgen worden. Die übrigen 14 liegen unter einer Riesenschicht von Trümmern. Bei dem Rettungswerk war die Zahl der Freiwilligen größer als die der Sicherheitslampen. Die Anstrengungen werden fortgesetzt.

Die verurteilte Ehefrau. Aus Budapest wird gemeldet: Der Landwirt B. Varga in Kislang, seiner Frau überdrüssig, verurteilte sie dem Landwirt St. Varga um 20 000 Kronen, worüber ein Vertrag aufgestellt wurde. Wochenlang lebte das neue Paar in gutem Einvernehmen, bis die junge Frau die Kräfte erbrach und 40 000 Kronen entwendete, wovon sie 5000 Kronen für sich behielt, 80 000 Kronen aber ihrem ersten Gatten übergab. Der zweite Gatte erstattete die Anzeige, versied jedoch der Frau; der erste Gatte wurde zu acht Monaten verurteilt.

Letzte Drahtnachrichten.

Rede des Reichspräsidenten über Obersachsen. Berlin, 11. September. Die unter dem Protektorat des Reichspräsidenten stehende Wohltätigkeitsveranstaltung zum Besten des sächsischen Hilfsbundes hat gestern im staatlichen Opernhaus stattgefunden. Im Verlaufe der Veranstaltung nahm der Reichspräsident das Wort zu einer Ansprache, in der er sagte: Zu einer ersten Hinführung sind wir heute zusammengekommen. Wir wollen Obersachsens gedenken, des Landes, das ein Wahrzeichen deutscher Kultur und deutschen Fleißes, fest eingepflanzt in das politische und wirtschaftliche Leben des Reiches, gedehnt und nehmend wuchs und blühte, das Landes, das die letzten Jahre hindurch aus tausend Wunden blutete und von einem Zustand nach dem anderen dem Untergang entgegengeführt wurde, um nunmehr durch einen Landfrieden Spruch gerufen zu sein. Neben Danksagen haben wir Wohl genommen von unseren deutschen Brüdern, die nun

ihnen fremden Schicksal angelehnt und haben ihnen in der Ernennungstunde zugesehen, daß uns die wir ein Stück eines Landes und einer Gegend sind, niemand das Gefühl nehmen kann, daß wir auch immer mit ihnen kulturell verbunden sind und ewig bleiben werden. Was wir für unsere Brüder jenseits des neuen Ozeans im Rahmen unserer völkischen Rechte und Pflichten tun können, werden wir tun. Wir haben im Angesicht der ganzen Welt Verwahrung eingelegt gegen die Vergeßlichkeit dieses Landes. Die Verwahrung wird in unserer Geschichte fortleben. Die rauchenden Schloten und Öfen, die Bergwerke und Hütten, die eine regamen, fleißigen und vorwärtstrebenden Bevölkerung Arbeit und Brot geben, werden immer Augen für das, was deutsche Tatkraft dem Lande gegeben hat. Diese deutsche Schaffenskraft ist nicht zu zerstören, sie hat Obersachsens den Stempel aufgedrückt in alle Zukunft. Die Rot der Stunde treibt uns aber weiter. Mit allen Kräften wollen wir helfen und fördern, wollen wir wieder aufbauen. Obersachsen, das so viel um das Deutschland gelitten hat, darf unsere besondere Fürsorge verdienen und kann ihrer gewiß sein. Geborgen werden muß denen, die von Haus und Hof vertrieben, von der Arbeitsstätte verdrängt eine neue Heimat suchen. Viel hat Obersachsen auch zu ringen um sein Deutschland zu demachen gegen eine fremde mit reichen Mitteln ausgestattete Wettbewerber. Unsere Brüder und Schwestern in Obersachsen hiergegen zu kämpfen, ist Sache des ganzen deutschen Volkes. Diese großen Aufgaben hat sich der oberächsische Hilfsbund gestellt. Er umfaßt alle Kreise und Schichten unseres Volkes. Der oberächsische Hilfsbund appelliert an das gesamte deutsche Volk. Ich bin überzeugt, daß sein Ruf nicht ungehört verhallen, und daß er willige Herzen und Hände finden wird. Helfen wir auch jetzt wieder allen Völkern, daß die Rot des deutschen Volkes alle seine Glieder nur enger verbindet und zusammenschließt. In freudiger Arbeit, in gegenseitigem Helfen und Berathen wollen wir uns aus schwerer Lot emporklimmen als einig und freies Volk! Es lebe Obersachsen! Es lebe Deutschland! — Der Rede folgte stürmischer Beifall. Bei den letzten Worten erhoben sich die Anwesenden spontan und sangen das vom Orchester intonierte Deutschlandlied stehend mit. Schließlich sprach der preussische Ministerpräsident, Dr. a. u. m. insbesondere der Freude über das am vorigen Sonntag erfolgte Bekenntnis Obersachsens zu Preußen Ausdruck zu geben.

Reue Drohrede Poincarés.

Paris, 11. September. Ministerpräsident Poincaré hielt bei einer Feler zur Erinnerung an die Marne Schlacht in Meaux eine Rede, in welcher er über die Reparationsfrage sagte, wenn Deutschland sich den legitimen Forderungen Belgiens entziehen sollte, dann würde es in den Zustand der Verfehlung verlegt, und es würde uns nur noch übrig bleiben, von der Handlungsfreiheit Gebrauch zu machen, die wir nicht aufgeben haben. Deutschland muß freiwillig oder gezwungen seine Verpflichtungen erfüllen. Wenn man uns nicht bei unserer Wiederherstellung unterstützt, dann werden wir uns selbst helfen.

Vertrag.

Berlin, 11. September. Zwischen Rassin als Vertreter der Sowjetbehörden und Mitgliedern des Ausschusses der Russischen Konsolidated Vessle Urquart ist gestern ein Vertrag unterzeichnet worden, welcher die Konzeptionen in Sibirien an die Russische Konsolidated Urquart zur Verwaltung übergibt.

Nach der Einnahme von Smyrna.

Athen, 11. September. Den Blättern zufolge kamen die ersten Schiffe mit Truppen aus Smyrna in Pirous an. Die Ausschiffung der Truppen vollzog sich in größter Ordnung. Im ganzen Griechenland herrscht Ruhe. Der König habe eine Verfügung an das Volk erlassen, in der er zur Einigkeit und Disziplin ermahnt.

Paris, 11. September. Die Agence Havas berichtet über die Einnahme Smyrna, daß die in der Stadt befindliche griechische Armee von den Türken gefangen genommen worden sei. Auch sei es den Griechen nicht gelungen, daß in Smyrna angekauft Kriegsmaterial zu retten. Mustafa Kemal Pascha und eine Anzahl Mitglieder der türkischen Nationalversammlung haben sich nach Smyrna begeben.

Athen, 11. September. Kalogetropolis ist bei der Kabinettsbildung auf Schwierigkeiten gestoßen und hat seinen Austrag dem König zurückgegeben. Der König hat darauf den früheren Oberkommissar in Konstantinopel, Triandafylagos mit der Kabinettsbildung betraut.

Paris, 11. September. Wie die Agence Havas aus Angora meldet, hat dort die Nachricht von der Landung englischer Truppen an der Küste des Marmarameeres Enttäumen hervorgerufen. Man sei der Meinung, daß diese Bewegung nur bis zur Ankunft kemalistischer Truppen dauern könne, andernfalls die Türken gezwungen sein würden, sich dem Aufenthalt der Truppen auf kleinasiatischem Boden zu widerlegen.

Krawalle in Rattowig.

Rattowig, 11. September. Der Rattowitzer Zeitung zufolge fanden wegen Nichterhaltung der vereinbarten Vorkehrungen wieder ernste Krawalle statt. Die Demonstranten verteilten sich in mehrere Trupps und zogen vor einige Kaffeehäuser, um dort angebliche Schieber herauszuholen und zu lynchen. Ein Jüderwarengeschäft wurde gestürmt und ausgeraubt und die Ladeneinrichtung zerstört. In verschiedenen Wohnungen wurden die Fensterläden eingeschlagen.

Forderungen der Hausfrauen.

Berlin, 11. September. Der Verband der Hausfrauenvereine, der in Magdeburg zusammengetreten ist, fordert in einer einstimmig angenommenen Entschließung unbedingte Sicherstellung der Brot-, Kartoffel- und Zuckerverorgung und Einschränkung des Brauereibrennens aus Volkswirtschaftsmitteln. Der Verband erachtet die Führung von Hausfrauen zu allen Beratungen über Ernährungsfragen für unerlässlich.

Gesunkener Dampfer.

Berlin, 11. September. Der 60 Meilen westlich von Viga gesunkene Dampfer Damnonia, der sich auf der Reise von Hamburg nach Havanna befand, umfaßt 7197 Bruttoregistertonnen. In Hamburg sind nähere Nachrichten über den Untergang des Dampfers noch nicht eingegangen. Der Dampfer wurde während des Krieges mit einem Schweißschiff nach Holland verkauft und ist erst kürzlich von der Dapag wieder zurückgekauft worden.

Bestrafung eines Hochtaplers.

Berlin, 11. September. Eine Hochtaplerin, die durch Belassung des Titels einer Großfürstin zahlreiche Geschäftsleute betrogen hatte, wurde gestern hier festgenommen. Es handelt sich um eine ehemalige Wagnmacherin, die schon wegen verschiedener ähnlicher Taten im Zuchthaus gesessen hat.

Verantwortlicher Redakteur: Felix Krumboltz. Druck und Verlag: Hans Bredt und Verlagsgesellschaft m. b. H., Kassel.

